

Mai 2012

Derzeit ist eine wahre Flut von Stellungnahmen politischer Persönlichkeiten ersten Ranges zur Zukunft Europas zu verzeichnen, was eine Entwicklung darstellt, die von niemandem vorausgesehen werden konnte - in diesem Sinne hat Ferdinando Riccardi, Leitartikler von *Agence Europe* und einer der sorgfältigsten Analysten der Geschehnisse in der Europäischen Union, den Umstand kommentiert, dass politische Akteure gerade in Deutschland - aber auch in Italien und Frankreich -, die oftmals hochrangige institutionelle Aufgaben wahrnehmen, sich in ihren Einlassungen immer häufiger für eine tief greifende Reform der EU einsetzen. Hier soll es genügen, an den Standpunkt von Bundeskanzlerin Merkel zu erinnern, die jüngst wiederholt von der Notwendigkeit sprach, die politische Union Europas zu verwirklichen, um das Projekt der Währungsunion auf angemessene Weise abschließen und eine effiziente und demokratische Regierung einsetzen zu können, oder auch an das Seminar, das auf Initiative von Außenminister Westerwelle am 20. März dieses Jahres in Berlin stattgefunden hat und auf dem Überlegungen darüber angestellt wurden, wie das Projekt einer Europäischen Verfassung neu belebt werden kann, da die derzeitigen institutionellen Mechanismen der Union sich als unzweckmäßig erwiesen haben. Zum Abschluss dieses Seminars wurden weitere Treffen vereinbart, auf denen letztendlich ein Dokument mit einer Reihe von Vorschlägen erstellt werden soll. Am 10. März ist in den Zeitungen *Corriere della Sera* und *Die Welt* gleichzeitig ein deutsch-italienischer Appell veröffentlicht worden, der von angesehenen Persönlichkeiten aus den Bereichen Politik und Kultur der beiden Länder (genannt seien hier lediglich Romano Prodi, Giuliano Amato, Guido Rossi, Franco Frattini und Emma Bonino aus Italien sowie Hans-Gert Pöttering, Ulrich Beck, Karl Lamers und Elmar Brok aus Deutschland) unterzeichnet wurde und in dem die jeweiligen nationalen Parlamente aufgefordert werden, bei der (bis Ende Juni vorzunehmenden) Ratifizierung des neuen fiskalpolitischen Pakts eine gemeinsame politische Erklärung abzugeben, in der verlangt wird, dass eine starke politische Union mit einer föderalen Regierung auf den Weg zu bringen ist, wobei der zeitliche Rahmen und die Vorgehensweise gleichzeitig festzulegen wären. Außerdem fordern die Unterzeichner, dass einige Regierungen der EU-Mitgliedsländer eine Vorreiterrolle übernehmen und dem Europäischen Rat auf seiner nächsten Tagung eine Erklärung vorlegen, mit der die Debatte über die Zukunft Europas mit Blick auf die Reform des Vertrags von Lissabon angestoßen werden sollte, der sich als eindeutig unzureichend erwiesen hat, um dem nunmehr unaufschiebbaren Erfordernis zu genügen, Europa mit der Fähigkeit zum Handeln in den entscheidenden Bereichen der Wirtschaft (nachhaltige Entwicklung, Energiepolitik, soziale Dimension und Industriepolitik) und der Zuwanderungs- sowie der Außen- und Sicherheitspolitik auszustatten; darüber hinaus sollte sich die Debatte auch mit der Aufstockung des europäischen Haushalts befassen, der an die neuen Befugnisse anzupassen wäre, sowie mit den notwendigen verfassungsmäßigen Entscheidungen zur Gewährleistung von Demokratie und Effizienz des institutionellen Gefüges. Schließlich werden die Staats- und Regierungschefs dazu angehalten, das Europäische Parlament bereits im Herbst zu ersuchen, auf dieser Grundlage ein Verfassungsprojekt zu erarbeiten, das den Weg zu einem verfassungsgebenden Prozess ebnet und eine Klausel über eine differenzierte Integration enthält, damit die widerstrebendsten Länder nicht die Länder blockieren, die auf dem Weg zur Union schneller vorangehen wollen.

Diese Beispiele machen deutlich, dass die Debatte sich jetzt erstmals mit den Einzelheiten der Methode und der Agenda für politische Reformen beschäftigt, und sind ein wichtiger Hinweis auf den Mentalitätswandel, der sich derzeit bei den politischen Akteuren vollzieht, die die größte Verantwortung tragen. Der Umstand, dass die Spannungen auf den Finanzmärkten zeitweise nachgelassen haben, darf in der Tat die Aufmerksamkeit nicht von den Risiken ablenken, die weiterhin bestehen und darauf zurückzuführen sind, dass unsere Volkswirtschaften, die aus strukturellen Gründen nicht wachsen, nur im Rahmen einer echten politischen und wirtschaftlichen Union in Europa wieder in Gang gebracht werden können. Diejenigen, die in der ersten Reihe stehen, um den Euro zu retten und der Krise zu begegnen, entwickeln somit ein Bewusstsein dafür, dass die Schwierigkeiten, die Europa zu bewältigen hat, im Wesentlichen politischen Charakter haben, und dass die äußerst hartnäckigen und fortgesetzten spekulativen Angriffe auf den Euro in den letzten Monaten vor allem die Folge einer schwachen Währungsunion waren, die ohne wirksame Regierungsinstrumente nicht in der Lage ist, den Möglichkeiten des Gebietes, das sie umfasst, Geltung zu verschaffen, und Gefahr läuft, bei einer Verschlechterung der Lage in den Abgrund gezogen zu werden.

* * *

Die Regierungen des Euro-Währungsgebiets machen sich nun also mühsam daran, Lösungen für die Hauptprobleme zu finden. Insbesondere haben sie zu erkennen gegeben, dass die Governance im Euro-Währungsgebiet ungeachtet des Umstands, dass der neue Fiskalpakt und der neue Vertrag über den Europäischen Stabilitätsmechanismus sehr enge Grenzen ziehen, nach ihrem Verständnis nicht nur über die

Währungsunion, sondern auch über die Schaffung einer Fiskal- und Haushaltsunion sowie von stärker strukturierten Instrumenten für gegenseitige Solidarität und Unterstützung verstärkt werden muss.

Diese neue Haltung hat den Bruch mit Großbritannien heraufbeschworen und somit entscheidende Klarheit in den Prozess gebracht. London will das europäische Projekt nämlich weiterhin auf den Binnenmarkt beschränken und weigert sich, einen Souveränitätsverzicht in Erwägung zu ziehen, obwohl die Fakten im Gegenteil dafür sprechen, dass das Europa des Marktes von der Krise mitgerissen werden wird. Andererseits machen die Fortschritte, die mit den beiden neuen Verträgen erreicht werden können, auch die Probleme deutlich, die dadurch bedingt sind, dass es keinen eigenständigen europäischen Haushalt (mit dem Investitionsprojekte finanziert werden können) und keine echte Wirtschaftsunion (es führt in der Tat kein Weg daran vorbei, dass eine europäische Wirtschaftspolitik für Wachstum, Entwicklung und Beschäftigung zu verfolgen ist, um die Staaten in die Lage zu versetzen, die eigenen Finanzen zu konsolidieren) gibt; und insbesondere machen sie deutlich, dass das gewaltige Demokratiedefizit abgebaut werden muss, das durch die ständige Übertragung von Befugnissen in einem konföderalen Rahmen, wie er derzeit in Europa anzutreffen ist, entsteht.

Der politische Kampf für eine wirkliche europäische Souveränität ist daher noch längst nicht ausgefochten; und eine wesentliche Voraussetzung, die den Ausgang dieses Kampfes bestimmt, ist mit der Rolle verquickt, welche die politischen Kräfte zu spielen vermögen, um die Entstehung eines demokratischen Europas konkret zu unterstützen. Eine große friedliche Revolution, wie sie die Europäische Föderation verkörpert - mit der der Begriff der Demokratie von Grund auf neu gefasst und im Vergleich zu seiner engen Koppelung an den Gedanken der Nation weiterentwickelt wird - , ist ohne eine tief greifende Debatte, die die politische Kultur zu beeinflussen und die öffentliche Meinung zu mobilisieren vermag, nicht möglich. Kritik an den Regierungen wegen der von ihnen angewandten zwischenstaatlichen Methode zu üben, ohne gleichzeitig als konkrete Alternative Reformen vorzuschlagen, mit denen die Schaffung eines föderalen Systems eingeleitet werden kann, nährt nur Befremden und Unbehagen.

Allerdings herrschen in Bezug auf die institutionellen Perspektiven leider immer noch große Missverständnisse und Verwirrung. Allzu oft wird der Kampf für die europäische Demokratie mit dem Kampf für die Stärkung der Gemeinschaftsmethode und des Gemeinschaftssystems verwechselt, die sich in Wirklichkeit gerade darauf stützen, dass an der nationalen Souveränität festgehalten wird, und letzten Endes die Ursache der ausweglosen Situation sind, in der wir stecken. Ganz offensichtlich muss sowohl an die Überwindung der derzeitigen Verträge als auch rein verfassungsmäßig gedacht werden. Die europäischen Abgeordneten aus den Ländern des Euro-Währungsgebiets - insbesondere diejenigen, die am stärksten europäisch gesinnt sind - müssen den Mut haben, im Europäischen Parlament unverzüglich eine Kampagne für die Erarbeitung eines politischen Vorschlags einzuleiten, mit dem eine Antwort auf die Fragen gegeben werden kann, die Gegenstand der Beratungen der Regierungen auf dem genannten Seminar in Berlin waren: Wie können die Europäer in die Lage versetzt werden, mit einer einzigen Stimme in der Welt zu sprechen? Wie kann eine neue Qualität im Integrationsprozess erreicht werden? Wie kann das Problem des unterschiedlich hohen Integrationsniveaus in der EU in kohärenter Weise gelöst werden?

In naher Zukunft ist unbedingt eine Debatte über die neue institutionelle Architektur Europas zu eröffnen, die dazu dienen sollte, die folgenden zentralen Fragen anzugehen: die Stärkung der politischen Einheit zwischen den Ländern des Euro-Währungsgebiets im Rahmen der Europäischen Union, so dass die politischen, wirtschaftlichen und fiskalpolitischen Entscheidungen demokratisch getroffen werden und sich als effizient erweisen können; die Aufnahme einer Klausel über die differenzierte Integration in den neuen Vertrag/die Verfassung, die den widerstrebenden Ländern genügend Zeit gibt, sich entweder den Ländern anzuschließen, die beschlossen haben voranzugehen, oder neue Formen des Zusammenlebens in der Union zu finden; die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung/eines verfassungsgebenden Konvents, die bzw. der sich aus den Vertretern der von den Bürgern auf nationaler und europäischer Ebene gewählten Parlamente der die politische Einheit anstrebenden Länder bzw. aus den Vertretern der jeweiligen Regierungen und der Europäischen Kommission zusammensetzt und die Aufgabe hätte, auf der Grundlage des vom Europäischen Parlament erstellten Projekts und unter Überwindung des Vetorechts der Mitgliedstaaten eine Bundesverfassung auszuarbeiten.

Bis zu den Wahlen im Jahr 2014 müssen das Europäische Parlament und die politischen Kräfte nachweisen, dass sie ihrer Verantwortung wirklich gerecht werden können; davon wird die Zukunft der Gesellschaft in Europa abhängen. Und daran werden sie sich messen lassen müssen.

Publius

**Unter der Federführung der Europäischen Stiftung Luciano Bolis
Von der Union der Europäischen Föderalisten geförderte Initiative
zur Unterstützung des "Framework for Action for a European Federal Union"**

Editrice EDIF, via Villa Glori, 8 - I-27100 Pavia - E-mail: publius@euraction.org
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 572 del 4/9/2002
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 1, LO/PV - Abbonamento annuale € 5
www.euraction.org